

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riefa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzolamts Meihen.

Postfachkonto: Dresden 1580
Circuloffiz Riefa Nr. 52.

Nr. 181.

Dienstag, 5. August 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebogenes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 35 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; gelbdruckte und tabellarische Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife, Bemühter Rabatt erzielt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe einbezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Besetzungsort: Riefa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riefa.

Die Deutschen in London eingetroffen.

London. Die deutsche Delegation trat heute kurz vor 9 Uhr in London ein. Auf dem Liverpool Street-Bahnhof hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt.

London. Zum Empfang der deutschen Delegation waren u. a. Minister Wigram und die Herren der Deutschen Botschaft Gelandier DuFour, Ferrone und Graf Bernstorff erschienen, auch zahlreiche Vertreter der ausländischen und der deutschen Presse waren anwesend. Die Delegation betrat nach folglich nach Ankunft im Kraftwagen nach dem Reg-Hotel.

Die deutsche Delegation ist nunmehr in London eingetroffen, und man hat es richtig verstanden, sie vor unbeschränkter Tätigkeit zu stellen. Als am Sonntag die Einzelheiten der bisherigen Konferenzergebnisse bekannt wurden, und insbesondere die Londoner und Pariser Berichte über die Einigung des „beralichen Einverständnisses“ zwischen den alliierten Ministerpräsidenten unterzeichnet, da war es den deutschen Regierungsmitteln ohne weiteres klar, daß man vor sehr ersten Entscheidungen stehen, über deren Ausgang zur Zeit noch keine Voraussage gemacht werden kann. Jedenfalls ist es kein günstiges Vorzeichen, daß man die deutsche Delegation mit der Versicherung empfängt, unter uns besteht Einigkeit, nur ihr seid es, die noch einzig und allein dazu berufen sein könnten, die Ergebnisse der Londoner Konferenz zu gestalten.

Als die deutsche Delegation bei ihrer Abfahrt auf dem Berliner Bahnhof eintraf, waren es nur einige Politiker und Vertreter der Presse, die dem Reichskanzler und dem Außenminister das Geleit gaben und ihnen auf ihrem schicksalreichen Weg ein wohlwollendes „Viel Glück und Erfolg“ wünschelten. Angesichts des Ernstes der Situation hatte man von jedem feierlichen Gebräue Abstand genommen, aber man darf annehmen, daß über alle Parteigrenzen hinweg die Wünsche des ganzen deutschen Volkes die Männer begleiten, die mit großer Verantwortung beladen den Weg nach London angetreten hatten.

In der letzten Woche hat eine geschickte geleitete alliierte Presse die deutschen Delegierten zu täuschen versucht. Man hat es so dargestellt, als ob Frankreich ziemlich isoliert dastünde und die deutsche Delegation nur zu erscheinen brauche, um den Franzosen den letzten Stoß zu verfehlen. Diese Taktik hatte den Zweck, die Vorbereitungen der deutschen Delegierten planmäßig zu stören und zu verhindern, daß man deutschseits die Gelegenheit nehmen wird, die bestehenden Forderungen in ihrer ganzen Tragweite aufzuarbeiten. Besonders waren es die Engländer, die sich alle Mühe gaben, in Deutschland den Eindruck zu erwecken, als ob die Konferenz für Frankreich ungünstig stehe und die deutschen Forderungen sehr glänzend seien. In den Berliner Regierungskreisen hat man sich keineswegs verblüffen lassen. Man weiß sehr wohl, wie außerordentlich schwierig es sein wird, gegenüber der nunmehr wieder hergestellten internationalen Einheitsfront anzukämpfen. Es ist selbstverständlich, daß die Deutschen unbekümmert um die Gegenpartei der Konferenzmächte nach wie vor entschlossen sein werden, die deutschen Forderungen gegenüber den bisherigen Beschlüssen der Konferenz mit allem Nachdruck zu betonen. Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, daß die deutsche Regierung den ernsthaften Wunsch hat, in London zu einem annehmbaren Ergebnis zu gelangen. Selbstverständlich wird man deutschseits keine überflüssigen Einwände erheben, die lediglich von Prestigegegründen diktiert sein könnten. Man wird auch nicht versuchen, einen Kubanhandel zu treiben, sondern man wird ein deutsches Mindestprogramm vortragen, von dem die Annahme, die weitere Haltung der deutschen Delegation abhängig sein wird.

Nach den neueren Londoner Meldungen beabsichtigen die Konferenzmächte die Verhandlungen mit Deutschland außerordentlich zu beschleunigen. Die Reichsregierung beabsichtigt jedoch nicht, sich zu ihren Entschlüssen drängen zu lassen und unvorbereitet in die Verhandlungen zu gehen. Die deutsche Delegation wird daher nicht eher bereit sein, in die Konferenz einzutreten, bevor man nicht in der Lage ist, nach eingehender Prüfung der bestehenden Beschlüsse ein deutsches Gegenprogramm vorzubringen. Wie es unter solchen Umständen möglich sein soll, schon Ende dieser Woche die Konferenz zum Abschluß zu bringen, ist sehr fraglich. Deutschseits weiß man zu genau, wie ungeheure Tragweite die Beschlüsse der Londoner Konferenz haben werden, und man wird sich daher nicht darauf einlassen können, jetzt eine genaue Verhandlungszeit festzulegen, bevor nicht über die deutschen Forderungen volle Klarheit geschaffen ist.

Zu Erwartung der Londoner Verhandlungen.

London. (Frankfurt.) Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht die bevorstehende Ankunft der deutschen Delegation in London. Times schreibt, es würde sicher besser gewesen sein, wenn das am Sonnabend erzielte Uebereinkommen nicht so klar die Merkmale eines Kompromisses trüge, aber das sei notwendig gewesen, um eine Brücke von einer Weltversassung zur anderen zu schlagen. Die endgültigen Bestimmungen des Dawes-Berichtes seien etwas abgeändert worden durch politische Erfordernisse. Das Abkommen der Alliierten bedeute in seiner Weise ein Diktat der Bedingungen des Dawes-Berichtes für Deutschland, das nur mit Zustimmung Deutschlands angewendet werden könne. Es heiße, daß die Forderungen, die die Deutschen vorbringen wollten, sich hauptsächlich auf die

Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes und die wirkliche Rückkehr der Ausgewiesenen und Gefangenen nach ihren Heimstätten im Ruhrgebiet und Rheinland beziehe. Diese Forderungen seien logisch und berechtigt, und es werde die Aufgabe der Konferenz in ihrer neuen Phase sein, ein allmähliches internationales Zusammenwirken in der Durchführung des Dawes-Berichtes herbeizuführen. Es sei natürlich vollkommen klar, daß die Deutschen, die volle Freiheit haben werden, ihren Standpunkt darzulegen, und daß sie, wenn es dazu komme, das Gendarmenprotokoll zu unterzeichnen, nicht in dem Versuch befangen zu sein brauchen, daß sie unter Druck handelten. Daily News betont, daß die Deutschen ihren Platz am Verhandlungstisch der alliierten Nationen unter der Bedingung der Gleichberechtigung annehmen werden. Es sei, wie Macdonald in seiner Rede habe durchblicken lassen, ihre Sache, die bisher geltenden Grundlagen für ihre eigene Wohlfahrt und ihren Fortschritt auszumachen.

Paris. (Frankfurt.) Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ schreibt, die Debatten der Alliierten mit den Deutschen werden um so mehr die Tendenz annehmen, sich auszudehnen, als die interalliierte Konferenz in Wirklichkeit ihr Programm noch nicht ausgearbeitet habe. Sie habe noch nicht vereinbart über 1. Organisation des schiedsgerichtlichen Verfahrens; 2. das interalliierte Kontrollsystem über die Emittionsbank, die Reichsbankabgabengesellschaft, die Industrieobligationen, die Einnahmen des deutschen Budgets, die als Zahlungen oder als Garantie der Annuitäten dienen sollen; 3. die militärische Räumung des Ruhrgebietes und der Kölner Zone; 4. die vom französischen und vom belgischen Generalstab auf den rheinischen Eisenbahnen verlangten Garantien und 5. den Vertrag, der hinsichtlich der 800 Millionen Goldmark-Anleihe zwischen den deutschen und den amerikanischen Bankiers, den Alliierten und der Reparationskommission erzielt werden muß. Viele Probleme, die noch nicht entschieden sind, stehen in enger Verbindung mit denen, die die Konferenz schon erledigt zu haben glaubt. Der Verlaufsvertrag muß fortan durch das Mittel des Dawes-Berichtes interpretiert werden. Wie kann man aber Interpretationsstreitigkeiten schlichten, wenn man nicht zu gleicher Zeit auch die Frage des § 18 dem Schiedsgericht unterwirft, der die Grundlage für die Handlungsfreiheit Frankreichs bildet? Es werden also die Kontroversen, die man am Sonnabend brendet zu haben glaubte, vielleicht wieder aufleben.

Besänntnis der Regierungskreise.

Berlin, 5. August. Die Erwartungen, die man in den Berliner diplomatischen Kreisen auf die nunmehr bevorstehenden Entscheidungen in London setzt, sind keineswegs sehr zuversichtlich. Man ist in Berlin durch die letzten Beschlüsse der Londoner Konferenz und insbesondere durch das Justandebkommen eines bindenden Kompromisses unter den Alliierten stark beunruhigt. Im auswärtigen Amt wird verächtlich, daß die maßgebende Entscheidung zum großen Teil bei der englischen Regierung liegt. Insbesondere erweckt sich die Frage, ob die englische Regierung bereit sein wird, sich an der Aussprache über die bisherige Räumung der Ruhr zu beteiligen oder ob sie es vorziehen wird, sich der Erörterung dieser Frage aus Rücksichtnahme gegenüber Frankreich fernzuhalten. Wenn das letztere der Fall sein würde, so wäre damit die Position der deutschen Regierung außerordentlich erschwert. Jedenfalls will Dr. Stresemann so schnell wie möglich mit Macdonald Fühlung nehmen, um über die Haltung der englischen Regierung Klarheit zu gewinnen.

Die Pariser Presse zur Einladung der Deutschen.

Paris. Die Pariser Blätter beschäftigen sich mit der bevorstehenden Ankunft der Deutschen in London. In dem Verlauf, die Haltung der deutschen Delegierten vorauszuweisen, kommen sie alle zu dem Schluß, daß sie in London namentlich in der Frage der sofortigen Räumung des Ruhrgebietes eine sehr entschiedene Stellung einnehmen und im übrigen sich nicht die geringste Zurückhaltung auferlegen werden. Bei einigen augenstehenden Beobachtern der politischen Situation drängt sich der Eindruck auf, daß gewisse französische Kreise weitgehende Forderungen der deutschen Delegierten, namentlich über die militärische Räumung des Ruhrgebietes, nicht ungerne sehen würden, wenn Macdonald auf diesem Umwege dazu gebracht würde, in der Frage des Sicherungsproblems und der interalliierten Schulden endlich Farbe zu bekennen.

Die Besprechungen mit Staatssekretär Hughes.

Berlin, 5. August. Ueber die Besprechungen, die der amerikanische Staatssekretär Hughes während seines Aufenthaltes in Berlin mit den führenden Mitgliedern der Reichsregierung, insbesondere mit dem Reichsaußenminister und dem Reichskanzler hatte, wird Stillschweigen gewahrt. Deutschseits äußert man sich allerdings sehr beschränkt über den Verlauf der Unterhaltungen mit dem amerikanischen Staatsmann. Man weist darauf hin, daß aus den Verhandlungen des Staatssekretärs Hughes das größte Interesse Amerikas an den künftigen wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland zu erkennen war, und daß die amerikanische Regierung das weitgehendste Verständnis für die gegenwärtige politische Lage Deutschlands besitzt.

Staatssekretär Hughes schien gegenüber den Fragen der Londoner Konferenz dem deutschen Standpunkt, den ihm Minister Dr. Stresemann auseinandersetzte, nicht un sympathisch gegenüber zu stehen.

Vor seiner Abreise empfing Staatssekretär Hughes in der amerikanischen Botschaft einen kleinen Kreis deutscher Journalisten, um in kurzen Worten seine Auffassung zu äußern. Der Staatssekretär erklärte: „Es war mir besonders annehmbar, zu einer Zeit in Berlin zu wachen, wo eine so ausgezeichnete Aussicht auf die Verheilung einer Grundfrage für die wirtschaftliche Wiedergenesung Deutschlands besteht. Wir in Amerika sind aufs Höchste an den Maßnahmen interessiert, die diesem Zweck dienen, und glauben sehr daran, daß der Dawes-Plan den Anfang einer neuen Ära des Friedens und der Blüte in Europa kennzeichnet. Es ist unsere innigste Hoffnung, daß dieser Plan schnell in Wirksamkeit gesetzt wird.“

Berlin. Staatssekretär Hughes hat gestern abend Berlin wieder verlassen. Er brach sich nach Bremen, von wo er direkt nach Amerika zurückfahren wird.

Der Volkseinstimm über den Achtstündentag.

Die Evidenzen der Gewerkschaften beim Reichsarbeitsminister.

Berlin. Die Evidenzen der Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten aller Richtungen hatten Veranlassung genommen, am gestern Mittag beim Reichsarbeitsminister Brauns vorzusprechen, um die Stellung der Reichsregierung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den achtstündigen normalen Arbeitstag zu erkunden. Die Sprecher der Gewerkschaften betonten, daß im zeitlichen Zusammenreffen mit der Annahme des Dawes-Gutachtens auch dessen sozialpolitische Auswirkung, insbesondere die Begrenzung der Arbeitszeit, geschlechtlich geregelt werden müsse. Die Gewerkschaften forderten deshalb die beschleunigte parlamentarische Verabreichung der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, da sie andererseits auf Grund der bereits laufenden Vorarbeiten den Volkseinstimm hierüber herbeiführen würden.

Der Reichsarbeitsminister erklärte, daß die Reichsregierung bereit ist, schon bei dem neuen Zusammenreffen des Reichsrates (also noch in diesem Monat) die zur Ratifizierung gestellten Interpellationen zu beantworten. Der Minister gab der Auffassung Ausdruck, daß seine Ausführungen in ihren wesentlichen Punkten die Gewerkschaften wohl befriedigen würden.

Inzwischen haben die Vorstände der Spitzen-gewerkschaften mit Ausnahme der aristokratischen Gewerkschaften, die aber ihre grundsätzliche Uebereinstimmung mit den anderen Richtungen in dieser Frage betonen, bereits in der vergangenen Woche einen Arbeitsausschuß gebildet, welchem angeschlossen: Brahmans für den A.G.B., Aufhäuser (A.G.) Lemmer (Gewerkschaftsring), Lenz (Deutscher Beamtenbund) und Faldenberg (Allgemeiner Deutscher Beamtenbund). Dieser Ausschuß wird sich mit den Vorarbeiten für einen gegebenenfalls notwendigen Volkseinstimm zu befassen haben. Er ist, wie wir hören, nach den gebräuchlichen Vorarbeiten im Reichsarbeitsministerium der Ansicht, daß zunächst die Erklärungen des Reichsarbeitsministers im Reichstages abgewartet werden müssen, bevor der Ausschuß weitere Beschlüsse fassen kann.

Das Kontrollsystem über die deutschen Einnahmen.

London. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Das deutsch-alliierte Komitee, das die Einzelheiten der Kontrollmaßnahmen über die deutschen Einnahmen auszuarbeiten habe und dem der Dienst der Dawes-Annuitäten zugewiesen werden solle, sei übereingekommen, daß, solange das Erträgnis der zugewiesenen Einnahmen (Zölle auf Tabak, Bier, Alkohol, Zucker, einen Ueberschuß von 20 Prozent über die geforderten Zahlungen zeige, eine aktive Kontrolle nicht nötig sei, daß aber, wenn das Erträgnis unter 120 Prozent bzw. unter 100 Prozent fällt, die Kontrolle verhärtet werden bzw. der Kommissar bevollmächtigt werden solle, scharfe Maßnahmen zu ergreifen, z. B. die Annahme einer weiteren feststehenden Besetzung durch die deutsche Regierung, die Zunahme von anderen Steuern als die im Dawes-Bericht für den Dienst der Annuitäten vorgezeichneten und sogar die Schaffung von autonomen kommerziellen Organisationen zwecks Monopolisierung irgendwelcher der festgelegten Einnahmequellen. Die verschiedenen Meinungen herrschten u. a. noch darüber, ob die Reparationskommission bei der Ausarbeitung des Wohlstandsindex mitwirken solle, ob der Kommissar für die kontrollierten Einnahmen, bevor er irgendwelche Maßnahmen trifft, zunächst die Zustimmung des Generalagenten für Reparationen erhalten muß, und ob er berechtigt sein soll, die deutschen Bölle einzutreiben. Ueber diese Punkte würden Owen Young und Sir Josua Stamp als Schiedsrichter entscheiden.

Die englisch-russische Konferenz erfolgreich.

Paris. Londoner Meldungen besagen, daß die britische Regierung gestern früh mit den Sowjetvertretern ein wirtschaftliches und finanzielles Abkommen geschlossen hat, wonach Rußland die Verpflichtung übernimmt, 23 Millionen Pfund Sterling von den 160 Millionen zu zahlen, die es England schuldet. Macdonald hat Perroti gestern früh davon Mitteilung gemacht, daß die englisch-russische Konferenz einen erfolgreichen Abschluß gefunden hat.